
16632/J XXVII. GP

Eingelangt am 18.10.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Gerhard Kaniak
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Pharmastandort mit integrierter Standortpolitik stärken**

Der Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs hat am 3.10.2023 folgende Aussendung veröffentlicht:¹

Pharmastandort mit integrierter Standortpolitik stärken

Für eine langfristige Perspektive und ein nachhaltiges Wachstum am Pharmastandort Österreich ist das Zusammenspiel mehrerer Politikbereiche notwendig.

Mit der Erforschung und Herstellung von Wirkstoffen und Arzneimitteln und der Beschäftigung von Mitarbeitenden in den Regionen leisten Betriebe der pharmazeutischen Industrie wichtige Beiträge zur Stärkung der Wirtschaftskraft und Medikamentenversorgung. Um diesen Unternehmen Langfristigkeit, Planbarkeit und Nachhaltigkeit ermöglichen, sind ganzheitliche Rahmenbedingungen am Standort essenziell.

So hält Alexander Herzog, Generalsekretär der PHARMIG, anlässlich des 125-Jahr-Jubiläums von Bayer in Österreich fest: „Unternehmen wie Bayer sind ein gutes Beispiel für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beiträge, die pharmazeutische Unternehmen leisten. Sie schaffen Arbeitsplätze, setzen Impulse für die Wirtschaft und festigen damit Österreichs internationale Wettbewerbsfähigkeit als Standort für Gesundheit und Forschung. Gleichzeitig sind sie am Standort einer wenig wertschätzenden Preispolitik und Hürden beim Marktzugang ausgesetzt. Wollen wir dieses Engagement der Industrie in Österreich langfristig erhalten, müssen wir dafür auf politischer Ebene die Weichen stellen.“

Die heimische pharmazeutische Industrie bietet derzeit etwa 18.000 direkte Arbeitsplätze, indirekt sind es sogar 63.000. Allein in den letzten Jahren haben pharmazeutische Unternehmen in Österreich in mehrfacher Milliardenhöhe in den Standort investiert. Bayer beschäftigt in Österreich

¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231003_OTS0050/pharmastandort-mit-integrierter-standortpolitik-staerken

beispielsweise rund 190 Mitarbeitende und ist im Bereich der klinischen Forschung in den Bereichen Kardiologie, Onkologie, Hämatologie, Nephrologie und Ophthalmologie aktiv an der Identifizierung und Entwicklung neuer Wirkstoffe beteiligt – ein Tätigkeitsgebiet, das in Europa seit Jahren schrumpft. Denn während im Jahr 2011 in Europa noch ein Anteil von 30,4 Prozent an den weltweiten Aktivitäten im Bereich klinischer Prüfungen verzeichnet wurde, ist dieser Wert bis 2020 auf 19,3 Prozent gesunken.

Dazu Herzog: „Jedes Engagement auf dem Gebiet der Forschung ist wertvoll. Denn Forschung wirkt wie ein Magnet und macht Österreich auf der Innovationslandkarte der Welt sichtbar. Gleichzeitig wird mit jeder klinischen Prüfung Know-how am Standort generiert und Patientinnen und Patienten frühen Zugang zu hochinnovativen Medikamenten ermöglicht. Umso wichtiger ist es, dass wir Aktivitäten in diesem Bereich forcieren.“

Gesundheit, Forschung, Wirtschaft und das Thema Wettbewerb stehen in Wechselwirkung zueinander. Um den Standort insgesamt zu stärken, muss die Politik daher einen klaren, gemeinsamen und zukunftsorientierten Rahmen bereitstellen, der im Sinne der Arzneimittelversorgung auch gute Bedingungen für Forschung, Produktion und Marktzugang berücksichtigt. „Ein abgestimmtes Planen und Vorgehen ist notwendig, damit Arzneimittelproduktion weiter in Österreich erfolgt und um die Arzneimittelversorgung auf dem hohen Niveau zu halten, das derzeit noch in Österreich vorherrscht. Wollen wir zum Wohl unseres Standorts in Zukunft noch mehr Firmenjubiläen von pharmazeutischen Unternehmen erleben, muss es hier ein gutes Miteinander geben. Wir brauchen daher eine Standortpolitik, die integriert gedacht und gelebt wird“, plädiert Herzog für eine integrierte Standortpolitik in Österreich.

Über die PHARMIG: Die PHARMIG ist die freiwillige Interessenvertretung der österreichischen Pharmaindustrie. Derzeit hat der Verband ca. 120 Mitglieder (Stand Oktober 2023), die den Medikamenten-Markt zu gut 95 Prozent abdecken. Die PHARMIG und ihre Mitgliedsfirmen stehen für eine bestmögliche Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln im Gesundheitswesen und sichern durch Qualität und Innovation den gesellschaftlichen und medizinischen Fortschritt.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz folgende

Anfrage

1. Erkennen Sie das Problem, dass der österreichische Standort für die pharmazeutische Industrie in den letzten Jahren an Attraktivität verloren hat?
 - a. Wenn ja, wie schildern Sie dieses Problem?
 - b. Wenn nein, warum sehen Sie die Voraussetzungen für ein (mindestens) kostendeckendes Wirtschaften weiterhin als gegeben an?
2. Welchen Rahmen stellen Sie bereit, um den Standort für die heimische pharmazeutische Industrie zu stärken?

3. Gibt es darüber hinaus weiteren Handlungsbedarf, um die heimische pharmazeutische Industrie zu stärken?
4. Sehen Sie die Gefahr als evident an, wonach die 18.000 direkt und 63.000 indirekt abhängigen Arbeitsplätze bedroht sind?
 - a. Wenn ja, welche Entwicklungen nehmen Sie hierzu wahr?
 - b. Wenn ja, mit welchen Maßnahmen steuern Sie dagegen?
 - c. Wenn nein, warum nicht?
5. Findet sich in Ihrer Politik ein „klarer, gemeinsamer und zukunftsorientierter Rahmen“ im Sinne der Arzneimittelversorgung?
 - a. Wenn ja, welcher wäre das?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
6. Wie bewerten Sie die österreichischen Bedingungen in Hinblick auf Forschung, Produktion und Marktzugang von österreichischen Arzneispezialitäten?
 - a. Gibt es hierzu Handlungsbedarf?
 - i. Wenn ja welchen?
 - ii. Wenn ja, welche Maßnahmen ergreifen Sie in diesem Zusammenhang?
 - iii. Wenn nein, warum nicht?
7. Welches „abgestimmte Planen und Vorgehen“ ist für Sie „notwendig, damit die Arzneimittelproduktion weiter in Österreich erfolgt und um die Arzneimittelversorgung auf dem hohen Niveau zu halten, das derzeit noch in Österreich vorherrscht“?
 - a. Gibt es hierzu Handlungsbedarf?
 - i. Wenn ja welchen?
 - ii. Wenn ja, welche Maßnahmen ergreifen Sie in diesem Zusammenhang?
 - iii. Wenn nein, warum nicht?
8. Wie bewerten Sie die „integrierte Standortpolitik in Österreich“?
 - a. Gibt es hierzu Handlungsbedarf?
 - i. Wenn ja welchen?
 - ii. Wenn ja, welche Maßnahmen ergreifen Sie in diesem Zusammenhang?
 - iii. Wenn nein, warum nicht?